

# Bildung

Rat ö 10.02.2009

## Schulzentrum Eversburg (FDP-Fraktion) (TOP 6 m) und Stärkung des Schulzentrums Eversburg (CDU-Fraktion) (TOP 6 n) und Einrichtung einer integrierten Gesamtschule (TOP 7)

Beratungsverlauf: Herr Oberbürgermeister Pistorius bittet darum, in der anstehenden schulpolitischen Debatte Sachlichkeit zu bewahren. Er ruft dazu auf, mit gegenseitigem Respekt die erhobenen Fakten zu diskutieren. Er verweist darauf, dass sich nicht nur in Osnabrück die Schullandschaften verändern, was auf demografische und soziale Veränderungen an den Schulstandorten wie auch in den Stadtteilen zurückzuführen sei. Ferner habe die Abschaffung der Orientierungsstufe zur Veränderung der Schullandschaften maßgeblich beigetragen. Hierdurch sei die Entscheidung über den weiteren Schulverlauf zwei Jahre vorverlegt worden und das Entscheidungsverhalten von Schülern und Eltern habe sich grundlegend verändert. Er verweist auf den bundesweit festzustellenden erheblichen Renommeeverlust der Hauptschule, der teilweise auch die Realschulen betreffe. Eine Ursache für das veränderte Wahlverhalten der Eltern seien nachhaltige Zweifel an der Durchlässigkeit des Bildungssystems. Mit dieser Entwicklung einhergehend haben gleichzeitig die Gesamtschulen in den Augen der Eltern nachhaltig an Renommee gewonnen. Er macht deutlich, dass in vielen Bundesländern das Modell der kooperativen Gesamtschule unbekannt sei und ausschließlich integrierte Gesamtschulen bestehen. Aus der desolaten Entwicklung der Anmeldezahlen sei Handlungsbedarf für einen Schulstandort entstanden – eine Entwicklung, die daneben auch an Schulen im Landkreis zu verzeichnen sei. Er verweist darauf, dass die Landesregierung ebenfalls entsprechende Maßnahmen ergreife wie z. B. die beabsichtigte Aufhebung eines Gesetzes, das kooperative Haupt- und Realschulen verhindern sollte. Ferner lasse die Landesregierung Gesamtschulen wieder zu. Er fordert einen Ausbau eines leistungsfähigen Schulangebotes. Er fordert eine zeitnahe Reaktion auf die in Osnabrück festzustellenden bildungs- und schulpolitischen Tendenzen. Hierfür sei die Einrichtung einer Gesamtschule der bildungs- und schulpolitisch richtige Weg, weil hierdurch eine stärkere Profilierung und eine größere Leistungsbreite entstehe. Die in Eversburg bestehenden Rahmenbedingungen müssen besonders beachtet werden, da dort bereits seit Jahren Diskussionen um das weitere Vorgehen geführt werden und deutlich schwächere Schülerzahlen zu verzeichnen seien. Jede Veränderung an einem einzelnen Standort müsse im Weiteren im Hinblick auf die insgesamt eintretende Veränderung der Schullandschaft betrachtet werden. Hierbei könne nicht stadtteilbezogen entschieden werden; daneben müsse die zu treffende Entscheidung auch unter finanzpolitischen Aspekten verantwortbar sein. Auf der Grundlage der in den vergangenen Wochen vielfältig geführten Gespräche und gewonnenen Erkenntnisse unterbreite die Verwaltung den heutigen Beschlussvorschlag. Er verweist auf die Ergebnisse der ausführlichen Untersuchung, die der Vorlage im Einzelnen zu entnehmen seien. Daraus gehe hervor, dass der Verwaltungsvorschlag keine solitäre Standortentscheidung darstelle, sondern vielmehr bezogen auf die Entwicklung der gesamten Schullandschaft zu sehen sei. Er stellt bedauernd fest, dass die Aufgabe der Beschlusslage vom Sommer 2008 bezüglich einer IGS am Standort Schölerberg diejenigen enttäusche, die das entsprechende Konzept hierfür erarbeitet haben, nämlich das dortige

Lehrerkollegium, dem er für seine Initiative, das Engagement und die gezeigte Ausdauer dankt und sich bei ihm entschuldigt. Er bedauert dieses auch für die betroffenen Eltern und Schüler und bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass diese – nach seinen entsprechenden Ausführungen – die Entscheidung akzeptieren werden, die für unausweichlich gehalten werde. Den geäußerten Dank bringt er im Namen des Rates zum Ausdruck. Er dankt für das erarbeitete Konzept, mit dem man sich in der Folge auseinanderzusetzen haben werde und äußert die Hoffnung, dass die neue integrierte Gesamtschule von einem engagierten Lehrerkollegium getragen werde, und sagt zu, dass er sich in Gesprächen mit der zuständigen Schulbehörde dafür einsetzen werde, dass rechtliche Konstruktionen gefunden werden, die einen Wechsel der hieran interessierten Lehrer von der Käthe-Kollwitz-Schule zur neuen integrierten Gesamtschule ermöglichen werde. Er hebt nochmals hervor, dass die zu treffende Entscheidung nicht standortbezogen getroffen werden könne. Die Erhebungen der Verwaltung hätten ergeben, dass ein Bedarf an einem Gesamtschulangebot vorhanden sei; für die zu treffende Entscheidung seien ausschließlich sachliche Kriterien wie Schülerzahlen, Prognosedaten, finanzpolitische Erwägungen und Fragen der Neustrukturierung der Schullandschaft herangezogen worden. Parteipolitische Präferenzen haben hierbei keinerlei Rolle gespielt. Er bedauert, dass die zu treffende Entscheidung auch die Evangelische Landeskirche enttäuschen werde. Er erinnert an die Chronologie der Ereignisse, in deren Verlauf im Juli 2007 vom Rat ein Beschluss zur Errichtung einer evangelischen Gesamtschule am Schulstandort Eversburg getroffen wurde. Die Einleitung der entsprechenden Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche bezeichnet er als richtigen Weg – die Verhandlungen seien gut, vertrauensvoll und offen geführt worden. Im Rahmen dieser vertrauensvollen Zusammenarbeit sei auch von ihm die Vertreterin der Evangelischen Landeskirche von ihm über den Inhalt der heutigen Vorlage informiert worden. Der heutige Vorschlag zur Beendigung der Gespräche mit der Evangelischen Landeskirche sei ausdrücklich den gewonnenen Erkenntnissen geschuldet. Er dankt der Evangelischen Landeskirche herzlich für das gezeigte Interesse und Engagement. Zu Beginn des Meinungsbildungsprozesses mit der Evangelischen Kirche habe die Option einer staatlichen Gesamtschule nicht bestanden. Er hebt hervor, dass die Verhandlung mit der Evangelischen Kirche nicht begonnen worden wären, sofern die entsprechende Option für eine staatliche Gesamtschule bestanden hätte und verweist darauf, dass die geänderte Erkenntnislage nunmehr zu anderen Entscheidungen zwingt. Er macht deutlich, dass aufgrund der Entwicklung der Osnabrücker Schullandschaft und der Verschärfung der Situation an Haupt- und Realschulen Handlungsbedarf bestehe und die durchgeführte Elternbefragung ein sehr großes Interesse an einem zusätzlichen Gesamtschulangebot ergeben habe. Im Herbst sei man davon ausgegangen, dass die Errichtung einer evangelischen Gesamtschule am Standort Eversburg und einer IGS am Schölerberg möglich sein werde. Hierzu habe jedoch eine Analyse der Fachverwaltung ergeben, dass dieses nicht der Fall sei, da hierdurch andere Standorte noch stärker gefährdet würden. Abschließend verweist er auf die bestehenden finanzpolitischen Argumente, die bei Aufrechterhaltung beider Standorte Schölerberg und Eversburg einen Sanierungsbedarf von insgesamt 15 Mio. € erfordern, ohne strukturelle Verbesserungen zu ermöglichen. Er äußert Verständnis für die Enttäuschung über die Aufgabe des Schulstandortes Käthe-Kollwitz, die er allerdings als Konsequenz für die Neuordnung der Schullandschaft sehe, die keinerlei Kritik an diesem Schulstandort beinhalte. Abschließend bezeichnet er die Argumentation der Verwaltungsvorlage als schlüssig. Der Rat habe sich bei seiner bevorstehenden Entscheidung den geänderten Rahmenbedingungen anzupassen.

Herr Dr. E. h. Brickwedde legt dar, dass die CDU-Fraktion sich mit ihrem Änderungsantrag für die Stärkung des Schulzentrums Eversburg einsetze und unterbreitet den gemeinsamen Antrag mit der FDP-Fraktion:

„Das Schulzentrum Eversburg muss weiterhin für Schüler/-innen attraktiv bleiben und dringend gestärkt werden. Es soll als kooperative Gesamtschule in Trägerschaft der Evangelischen Kirche geführt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend entsprechende Verträge mit der Evangelischen Landeskirche zu schließen.“

Er legt dar, dass die Forderung nach einer kooperativen Gesamtschule in Trägerschaft der Evangelischen Kirche im zurückliegenden Sommer neben der CDU-Fraktion auch von der FDP-Fraktion, vier SPD-Ratsmitgliedern, dem Oberbürgermeister sowie Herrn Mierke geteilt wurde. Als Begründung dafür, dass die CDU-Fraktion für eine kooperative Gesamtschule in evangelischer Trägerschaft eintrete, nennt er, dass eine kirchliche Schule die Vielfalt des Schulwesens und den Wettbewerb der Schulen in Osnabrück stärke. Ferner bringe eine evangelische Schule die besondere kirchliche Kompetenz in sozialen und integrativen Fragen in die Schularbeit ein und die große Erfahrung in der Diakonie sei Sinn bringend für die Gestaltung der Nachmittagsangebote einzusetzen. Nach Aussagen der Evangelischen Kirche würde kein Schüler abgelehnt. Die Angebote der Schule würde sich daneben an alle Schüler in Osnabrück wie auch im Landkreis und Nordrhein-Westfalen richten. Die Schule wäre somit ein Bildungsleuchtturm für die Region. Er hebt hervor, dass die Evangelische Landeskirche 1 Mio. € für die Sanierung aufbringen und sich daneben an den laufenden Kosten beteiligen würde. Die Argumentation, dass mit einer Gesamtschule in kirchlicher Trägerschaft die öffentlichen Schulen zu Restschulen werden, weist er nachdrücklich mit dem Hinweis zurück, dass die Bistumsschulen nach den bestehenden Verträgen bis zu 20 % der Osnabrücker Schüler aufnehmen dürfen und der beabsichtigte Vertrag mit der Evangelischen Schule einen Anteil von bis zu 10 % der Osnabrücker Schüler vorsah. Abschließend legt er dar, dass die Vorlage der Verwaltung respektiert werde. Er kritisierte auch, dass die Vorlage, die große Auswirkungen auf beide Bereiche des Osnabrücker Schulwesens habe, am Freitagnachmittag erst kurzfristig den Ratsmitgliedern zugegangen sei und somit erst in der Fraktionssitzung am vorhergehenden Tag erörtert werden konnte. In Anbetracht der Tatsache, dass die Einzelheiten der Vorlagen Fakten setze, bezeichnet er die bevorstehende Entscheidung als grundlegend und kritisiert, dass dies ohne Beteiligung der Eltern, des Stadtelternrates, der Lehrer und Schüler sowie ohne Beteiligung des Schulausschusses erfolge. Er beantragt daher namens der CDU-Fraktion Absetzung der Verwaltungsvorlage, Diskussion im Schulausschuss und Vertagung auf die Märzratssitzung.

Frau Thiel macht deutlich, dass nicht nur über das Gymnasium der Weg zum Abitur führe und verweist beispielhaft auf die schulischen Möglichkeiten der berufsbildenden Schulen. Sie legt dar, dass von den befragten Eltern häufig Gesamtschulangebote und Ganztags schulangebote gleichgesetzt werden. Sie stellt fest, dass zwischenzeitlich von der Verwaltung die Auffassung vertreten werde, dass in Osnabrück nur zwei Gesamtschulangebote ohne Gefährdung anderer Standorte möglich seien und erinnert daran, dass die CDU-Fraktion sich zu früherem Zeitpunkt für den Standort Eversburg ausgesprochen habe. Sie dankt den Lehrerkollegien, Schulleitern und Elternvertretern der betroffenen Schulen, die Konzepte erarbeitet haben. Sie kritisiert ebenfalls, dass durch die Verwaltungsvorlage Tatsachen festgeschrieben werden, die bisher nicht besprochen seien und spricht sich ebenfalls für eine Behandlung der Verwaltungsvorlage im Schulausschuss aus, wo auch die Hinzugewählten beteiligt werden.

Herr Oberbürgermeister Pistorius widerspricht dieser Argumentation nachdrücklich; er macht deutlich, dass durch den heutigen Beschluss das Verfahren erst in Gang gesetzt werde und danach die erforderlichen Beteiligungsschritte erfolgen. Er bittet nachdrücklich darum, nicht den Eindruck zu erwecken, dass vorhandene Beteiligungsrechte durch die Verwaltung verletzt werden.

Frau Fiolka-Dörpmund begründet die Zustimmung der Mitglieder der SPD-Fraktion zu der Verwaltungsvorlage. Sie macht deutlich, dass demgegenüber der Änderungsantrag von CDU-Fraktion und FDP-Fraktion abgelehnt werde. Sie begrüßt die Erhebung fundierter Zahlen durch die Verwaltung, die nunmehr eine gute Entscheidungsgrundlage bieten und zu dem Ergebnis führen, dass eine Gesamtschule in Eversburg und eine integrierte Gesamtschule am Schölerberg aus schul- und finanzpolitischen Gründen nicht möglich sei. Hierauf deuten die Entwicklungen der Schülerzahlen in den nächsten zehn Jahren ganz klar hin. Da die Schülerzahlen auf die Einrichtung einer IGS in Osnabrück abziele, müsse es sich hierbei um eine öffentliche Schule handeln. Sie legt dar, dass bei der durchgeführten Elternbefragung deutlich geworden sei, dass eine hohe Durchlässigkeit der unterschiedlichen Schulformen zueinander als sehr wichtig beurteilt werde. Die Angebote einer evangelischen Gesamtschule würden eine weitere Verschiebung der Schülerströme weg von den öffentlichen Haupt- und Realschulen mit sich bringen, wobei jedoch das Hauptaugenmerk des Rates auf den Angeboten der öffentlichen Schulen liegen müsse. Sie nimmt ebenfalls Bezug auf die Chronologie der Ereignisse und bezeichnet die seinerzeitige Ratsentscheidung zur Errichtung einer evangelischen Gesamtschule zum damaligen Zeitpunkt, zu dem z. B. nicht absehbar gewesen sei, dass das gesetzliche Errichtungsverbot für öffentliche Gesamtschulen abgeschafft werde als zielführend. Da sich die bestehenden Möglichkeiten zwischenzeitlich gewandelt haben, beurteile sie die Situation derzeit anders. Die von Herrn Dr. E. h. Brickwedde und Frau Thiel vorgebrachten Bedenken gegen das Verfahren weist sie zurück und macht demgegenüber deutlich, dass der Rat in der heutigen Sitzung eine Grundsatzentscheidung zu treffen habe, die in dem späteren Teilnahmeverfahren mit allen beteiligten Gruppen erörtert werde. Auch sie dankt der Evangelischen Kirche für das gezeigte Engagement sowie insbesondere den Eltern, den Schülern und dem Lehrerkollegium des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums für die Erarbeitung eines Konzeptes, dessen Inhalte beim Aufbau der neuen IGS in Eversburg einfließen sollen. Sie bittet namens der SPD-Fraktion Herrn Oberbürgermeister Pistorius ausdrücklich darum, die bereits angekündigten Gespräche mit der Landesschulbehörde und den betroffenen Kollegien darüber zu suchen, dass die an einer Mitarbeit in der IGS interessierten Lehrer dort auch Einsatzmöglichkeiten erhalten.

Frau Jabs-Kiesler erinnert ebenfalls daran, dass die Situation vor dem Hintergrund, der sich vor zwei Jahren bot, von ihr anders beurteilt wurde; zum jetzigen Zeitpunkt sei sie jedoch von den Einzelheiten der Vorlage aufgrund der geänderten Fakten überzeugt. Sie bittet die von der geänderten Beschlusslage Betroffenen um Verständnis dafür, dass die nunmehr anstehende Entscheidung wichtig und von Vorteil für die gesamte Osnabrücker Schulstruktur sei.

Frau Strangmann macht namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deutlich, dass es oberstes Ziel des Schulträgers sein müsse, dass alle Kinder und Jugendliche entsprechend ihrer individuellen Möglichkeiten und Begabungen die bestmögliche Unterstützung durch das Schulsystem erhalten. Wie in ganz Deutschland führe auch in Osnabrück das dreigliedrige Schulsystem zu einer frühen Segmentierung der Schüler. Diese Tendenz werde durch die Aufnahmemodalitäten der

konfessionellen katholischen Schulen weiterhin manifestiert. Demgegenüber biete eine IGS die bestmöglichen Voraussetzungen für die individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler durch möglichst lang dauernde gemeinsame Schulzeiten liefere. Hierdurch werde die größtmögliche Durchlässigkeit zwischen einzelnen Schulformen gewährleistet. Sie erläutert die Voraussetzungen, die zu bisheriger Beschlusslage des Rates geführt haben und verweist ebenfalls auf die zwischenzeitlich geänderten Rahmenbedingungen. Sie macht deutlich, dass sich die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Argumentation der Verwaltungsvorlage anschließen und insofern den Beschlussvorschlag unterstützen.

Herr Cheeseman nimmt ebenfalls Bezug auf die bisherige Beschlusslage und spricht sich nachdrücklich für eine IGS aus. Er spricht sich dafür aus, dass hierin in absehbarer Zeit auch Menschen mit Behinderung einbezogen werden sollten. Er bedauert, dass die integrierte Gesamtschule in der Bundesrepublik Deutschland nicht die Regelschule sei.

Frau Winkler weist die von Herrn Cheeseman vorgebrachte Argumentation zurück. Sie legt dar, dass unabhängig von der jeweiligen Schulform die FDP-Fraktion ihr Hauptaugenmerk auf die Belange der Schüler richte. Es müsse respektiert werden, dass nach den neuesten Erkenntnissen die Schülerzahlen in Osnabrück lediglich zwei Gesamtschulen ermöglichen. Sie legt dar, dass auf die soziale Kompetenz der Evangelischen Kirche für den Schulstandort Eversburg nicht verzichtet werden könne, wobei allerdings auch das Engagement des Lehrerkollegiums, der Schüler und der Eltern der Käthe-Kollwitz-Schule sehr geschätzt werde. Gleichzeitig sei jedoch festzustellen, dass der Entschluss für die evangelische Gesamtschule zu früherem Zeitpunkt gefasst war.

Herr Hagedorn hebt die Bedeutung der anstehenden Entscheidungen für Osnabrück hervor. Er legt dar, dass die Schulform der integrierten Gesamtschule nach Ansicht seiner Fraktion eher dazu geeignet sei, allen Schülern gute Chancen im Schulsystem einzuräumen. Er nimmt Bezug auf die Beiträge der Vorredner und legt dar, dass sich die Umstände der Schulplanung im Verlauf des eingeleiteten Prozesses geändert haben. Er fordert Frau Winkler dazu auf, diese neuen Erkenntnisse ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen und legt dar, dass jedes andere Vorgehen unverantwortlich wäre. Die an dem Verfahren vorgebrachte Kritik weist er nachdrücklich mit dem Hinweis auf die bisherige Vorgehensweise zurück. Auch in Anbetracht der Tatsache, dass die unklare Situation für das Schulzentrum Eversburg wie auch die Ungewissheit für den Schulstandort Käthe-Kollwitz-Schule schnellstmöglich beendet werden sollte, spricht er sich für eine Entscheidung in der heutigen Ratssitzung aus.

Herr Meyer legt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar, dass sich die Tischvorlage der Fraktionen von CDU und FDP weder auf die Einrichtung einer IGS noch auf den Standort Käthe-Kollwitz-Schule beziehe. Demgegenüber sehen die Mitglieder seiner Fraktion die Form einer integrierten Gesamtschule als zukunftsfähig an. Er verweist Herrn Dr. E. h. Brickwedde darauf, dass es bei der PISA-Studie um einen Vergleich auf internationaler Ebene gehe; er ruft dazu auf, sich an dem international besten Schulsystem zu orientieren. Er bedauert, dass die engagierte Arbeit des Kollegiums der Käthe-Kollwitz-Schule enttäuscht wurde und äußert die Hoffnung, dass dieses Engagement für die künftige Arbeit der IGS in Eversburg weiterhin genutzt werden könne. Er bringt die Überzeugung zum Ausdruck, dass an einer IGS die soziale Kompetenz der Schüler stärker als in anderen Schulformen gefordert werde. Er verweist auf das bestehende Kostenargument für den Standort Eversburg und äußert die Hoffnung, dass es mit den einzusetzenden Mitteln gelingen möge, einen guten und geeigneten Lernstandort auszubauen. Abschließend legt er dar, dass nach reiflicher Abwägung der Verwaltungsvorlage gefolgt werde, da durch die zu

treffende Entscheidung eine starke integrierte Gesamtschule am Standort Eversburg mit Ausstrahlung auf die gesamte Schulstruktur in Osnabrück gewonnen werden könne.

Frau Neumann kritisiert, das lang andauernde zögerliche Vorgehen in den Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche – bis sich nunmehr die Einrichtung einer integrierten Gesamtschule ergeben habe. Sie kritisiert, dass die Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche 2008 verschleppt wurden. Sie erläutert, dass der Oberbürgermeister bis vor drei Wochen dargelegt habe, dass er voll hinter der Einrichtung einer kooperativen evangelischen Gesamtschule am Standort Eversburg stehe. Sie kritisiert den Umgang mit dem kirchlichen Partner, der in anderen Zusammenhängen gern in Anspruch genommen werde. Sie sieht als Grund für das Durchsetzen einer integrierten Gesamtschule der Willen zur Umsetzung eines ideologischen Konzeptes, was ohne Rücksicht auf die Eltern, den Stadtelternrat, die Schüler und den Stadtschülerrat, die Bürger im Stadtzentrum und ohne Beteiligung der Lehrerkollegien an den Standorten Eversburg und Schölerberg. Sie hebt die außerordentlich hohe Qualität der Arbeit am Standort Käthe-Kollwitz-Schule hervor und kritisiert, dass das für diesen Standort entwickelte Konzept nunmehr einem anderen Standort übergestülpt werden solle. Sie weist die Präferenzierung der Schulform der integrierten Gesamtschule gegenüber der kooperativen Gesamtschule, wie sie von den Mitgliedern der Fraktionen von SPD und Grünen vorgenommen wird und erneuert die Kritik an dem kurzen Vorlauf, den die Ratmitglieder zur Behandlung der Beschlussvorlage der Verwaltung hatten und dass der Schulausschuss hiermit nicht befasst wurde.

Herr Dr. Thiele kritisiert die Meinungsänderung hin zu einer integrierten Gesamtschule am Standort Eversburg als überraschend. Er macht deutlich, dass der Verwaltungsvorlage keine wirklich neuen Erkenntnisse zugrunde liegen und erinnert, dass der Standort Schölerberg für die FDP-Fraktion auch zu früherem Zeitpunkt nicht finanzierbar erschien. Er fordert vom Oberbürgermeister eine größere Verlässlichkeit im Umgang mit der Evangelischen Kirche.

Frau Gallitz vertritt ebenfalls die Auffassung, dass der Verwaltungsvorlage keine geänderte Sachlage zugrunde liege. Sie hebt die gute Qualität der von dem Schulträger Evangelische Kirche konzipierten Komplimentärangebote hervor und sieht in einer kooperativen Gesamtschule am Standort Eversburg in Trägerschaft der Evangelischen Kirche einen Zugewinn an Pluralität für die Osnabrücker Schullandschaft.

Herr Hus hebt die gute sachliche Darstellung und Problemaufbereitung durch die Verwaltungsvorlage hervor. Er widerspricht dem von Frau Neumann vorgebrachten Ideologievorwurf nachdrücklich und spricht sich gegen die negative Beurteilung des integrierten Gesamtschulsystems durch die Redner von CDU und FDP aus. Die Argumentation, wonach Beteiligungsrechte einzelner Gruppen missachtet wurden, weist er nachdrücklich mit dem Hinweis auf das bisherige Verfahren und das Vorgehen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion zurück.

Herr Mierke erklärt seine Zustimmung zu der Verwaltungsvorlage, die die Einrichtung einer integrierten Gesamtschule am Standort Eversburg vorsehe. Er nimmt Bezug auf die Argumente der Vorlage, die ihn zu einer Abkehr von seiner früheren Auffassung gebracht haben.

Herr Jürgens stellt fest, dass die Evangelische Landeskirche bezüglich der Schulträgerschaft Eversburg nach seiner Auffassung sehr abwartend agiert habe.

Herr Meimberg legt ebenfalls die Gründe dar, die ihn dazu bringen, der Verwaltungsvorlage zu folgen. Er bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass die bisherigen Kräfte des Schulstandortes Käthe-Kollwitz in die neuen Konzepte für die Gesamtschule Eversburg einzubinden sein wären.

Herr Twent sieht in Anbetracht der seit 2006 für die Schulstandorte Eversburg und Schölerberg bestehenden Verunsicherungen dringenden Handlungsbedarf und die Notwendigkeit Planungssicherheit für 2009 zu schaffen. Er fordert die Vertagung der Beschlussfassung auf die kommende Ratssitzung in Anbetracht der nicht erfolgten Beteiligung. In der Übernahme der Schulträgerschaft für das Schulzentrum Eversburg durch die Evangelische Kirche sieht er eine enorme Aufwertung.

Frau Rzyski erläutert, dass die Verwaltung sich keinesfalls gegen eine evangelische Schule in Osnabrück ausspreche und ruft dazu auf, den künftigen Bestand der Schulstandorte Eversburg und Schölerberg im Zusammenhang zu diskutieren. Sie bedauert, dass die Diskussion auf die Frage nach einer Schulträgerschaft der Evangelische Kirche eingeeengt wurde. Die Verwaltung sehe die Notwendigkeit, eine Gesamtschule mit einer stabilen Oberstufenfunktion zu errichten. Bei der Entwicklung eines Konzeptes für den Schulstandort Eversburg müssen die Bedürfnisse des Schulstandortes Schölerberg ebenfalls im Blick behalten werden. Sie legt dar, dass ein Gesamtschulangebot ohne eine Oberstufe weder im Interesse der Verwaltung noch der Politik liegen könne. Sie appelliert an die Ratsmitglieder, dass mit einer vielzügigen kooperativen Gesamtschule lediglich das derzeitige Angebot erhalten werde und keine strukturellen Verbesserungen zu erzielen seien – unabhängig von der Frage der Trägerschaft. Hierdurch würde ferner der Elternwille und die Bedürfnisse des Schulstandortes Schölerberg außer Acht gelassen. Sie appelliert insofern an die Ratsmitglieder, bei der Entscheidung die Frage der Auswirkungen auf die Schulstruktur in Osnabrück der nächsten zehn Jahre in den Blick zu nehmen.

Abschließend nimmt Herr Oberbürgermeister Pistorius zu den Einzelheiten der Debatte Stellung. Er weist den von Frau Neumann vorgebrachten Ideologievorwurf nachdrücklich zurück und macht deutlich, dass die Verwaltung die Vorlage als Entscheidungsgrundlage nach bestem Wissen und Gewissen erstellt habe. Er stellt fest, dass bei allem Bedauern der CDU-Fraktion darüber, dass die Planungen der Käthe-Kollwitz-Schule am dortigen Standort nicht zum Zuge kommen, auch diese keine Absicht zur Umsetzung der Planungen habe. Die vorgenommene Kritik an der Führung der Verhandlungen mit der Evangelischen Kirche weist er als unzutreffend zurück. Zu den Beiträgen von Herrn Jürgens und Herrn Meimberg stellt er fest, dass der Ausgang des Verfahrens von keinerlei Versäumnis auf Seiten der Evangelischen Kirche geprägt war. Die Dauer der Gespräche sei auf die Verfahrensabläufe und notwendige Zwischenklärungen zurückzuführen. Die Vorwürfe zur Verletzung von Beteiligungsrechten weist er mit dem Hinweis auf die im Sommer 2007 und im Sommer 2008 getroffenen Beschlüsse, die ebenfalls ausschließlich im Rat herbeigeführt wurden, zurück. Zu der Kritik an der Kurzfristigkeit der Übersendung der Vorlage macht er deutlich, dass die der Vorlage zugrunde liegenden Fakten ausführlich diskutiert worden seien – lediglich die aus den Fakten bezogenen Schlussfolgerungen seien neu.

Zunächst führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung den gemeinsamen Änderungsantrag von CDU-Fraktion und FDP-Fraktion wie folgt herbei:

**Abweichender Beschluss gem. Änderungsantrag von CDU-Fraktion/FDP-Fraktion:**

Das Schulzentrum Eversburg muss weiterhin für Eltern und Schüler/-innen attraktiv bleiben und dringend gestärkt werden. Es soll als kooperative Gesamtschule in Trägerschaft der Evangelischen Kirche geführt werden. Die Verwaltung wird beauftrag, umgehend entsprechende Verträge mit der Evangelischen Landeskirche zu schließen.

**Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird mit 26 zu 23 Stimmen **abgelehnt**.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion auf Verweisung der Verwaltungsvorlage in den Schulausschuss wie folgt herbei:

**Abweichender Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt 7 e) „Einrichtung einer integrierten Gesamtschule“ wird zur weiteren Beratung in den Schulausschuss verwiesen.

**Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird mit 26 zu 23 Stimmen **abgelehnt**.

Sodann führt Herr Ratsvorsitzender Thöle die Abstimmung über die Verwaltungsvorlage wie folgt herbei:

**Beschluss:**

1. Der Rat nimmt Abstand von seiner Entscheidung vom 08.07.2008, eine Integrierte Gesamtschule am Standort Schölerberg einzurichten
2. Die Vertragsverhandlungen mit der evangelischen Kirche über die Einrichtung einer Kooperativen Gesamtschule am Standort Eversburg werden beendet
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzung für die Einrichtung einer 5-6 zügigen Integrierten Gesamtschule am Standort Eversburg zu schaffen
4. Das allgemein Bildende Schulangebot am Standort Schölerberg wird mittelfristig aufgegeben; es werden dort keine Sanierungsmaßnahmen mehr durchgeführt
5. Die konzeptionellen Vorüberlegungen der Käthe – Kollwitz – Schule werden in die Konzeptentwicklung für die IGS einbezogen
6. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Entwicklung und Optimierung des Haupt- und Realschulangebotes vorzulegen

**Beratungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird zu Absätzen 1, 3, 5 und 6 mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und des Ratsmitgliedes Frau Sliwka, bei Enthaltung der Mitglieder der FDP-Fraktion, zu den Absätzen 2 und 4 mehrheitlich gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **angenommen**.